## Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb)

betr. den Bebauungsplan Nr. M-379 für die Flächen im nördlichen Bereich des Amselweges

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Art. 9 Nr. 1 Vereinfachungsnovelle v. 03.12.1976 (BGBl. I S. 3281) und durch Art. 1 zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht v. 06.07.1979 (BGBl. I S. 949), und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVB1. S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVB1. S. 385), hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) diesen Bebauungsplan Nr. M-379, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen:

S 1

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches ist auf der Planzeichnung festgesetzt.

§ 2

Das im Geltungsbereich liegende Bauland wird festgesetzt als:

- (1) Reines Wohngebiet (WR)
  - a) Zulässig sind:
  - l. Wohngebäude,

  - 2. Stellplätze und Garagen
  - 3. Räume für freie Berufe
- gem. § 13 BauNVO - gem. § 14 BauNVO

- gem. § 12 BauNVO

4. Nebenanlagen b) Die Ausnahmebestimmungen des § 3 Abs. 3 und 4 BauNVO sind nicht Bestandteil dieser Satzung.

Die unter (1) aufgeführten baulichen und sonstigen Anlagen sind im Einzelfall unzulässig, wenn sie nach Anzahl, Lage, Umfang oder Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebietes widersprechen. Sie sind auch unzulässig, wenn von ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können, die nach der Eigenart des Baugebietes im Baugebiet selbst oder in dessen Umgebung unzumutbar sind. Dies gilt sinngemäß auch für die Änderung, Nutzungsänderung baulicher oder sonstiger Anlagen innerhalb der festgesetzten Baugebiete.

Bei Anwendung dieser Bestimmung dürfen nur städtebauliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

- l. Das Maß der baulichen Nutzung und die Bauweise ergeben sich aus den Festsetzungen der Planzeichnung.
- 2. Die zulässige Geschoßflächenzahl von 0,8 darf gemäß § 21 a Abs. 5 BauNVO um die Flächen notwendiger Garagen, die unterhalb der Geländeoberfläche hergestellt werden, um höchstens 25 von Hundert überschritten werden.

- 1. Auf den in der Planzeichnung festgesetzten, nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen gemäß § 14 (1) BauNVO nicht zulässig, mit Ausnahme der Tiefgarage und deren Zufahrt.
- 2. Die der Versorgung der Baugebiete dienenden Nebenanlagen gemäß § 14 (2) BauNVO können ausnahmsweise auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zugelassen werden.

- 1. Das in § 4 (1) der Satzung beschriebene Verbot gilt nicht für die an der Nordostseite des Wendeplatzes vorgesehenen 5 Stellplätze (§ 12 BauNVO).
- 2. Zwischen Verkehrsfläche und Garagentor muß der Stauraum minde-stens 5,00 m betragen. Dies gilt auch für die Bereiche des Bebauungsplanes, für die an den Verkehrsflächen nicht überbaubare Grundstücksflächen mit einer geringeren Tiefe als 5,00 m festgesetzt sind.

- 1. Diese Satzung wird mit der Bekanntmachung der Genehmigung rechtsverbindlich.
- 2. Festsetzungen, die dieser Satzung widersprechen, treten außer Kraft: Bebauungsplan Nr. 11 für den Bereich Wienstraße, Bernhardstraße und Hauptstraße, soweit er vom Bebauungsplan Nr. 379 überdeckt wird.

2900 Oldenburg, den ....21.6.82.....

Oberbürgermeister

Oberstadtdirektor

